

Grundsätze der Verantwortlichkeit und der Gesetzesanwendung in diesem oder jenem Fall nicht zu beachten.

Die Durchsetzung des neuen Staatsratserlasses unter den Bedingungen der vielfältigen Widersprüche im Kampf um den umfassenden sozialistischen Aufbau und bei der allmählichen Beseitigung der zählbaren kapitalistischen Denk- und Lebensgewohnheiten, die durch feindliche Einflüsse von außen immer neu genährt werden, verlangt von allen Mitarbeitern der Rechtspflegeorgane eine weitere erhebliche politische und fachliche Qualifizierung. Nur so können sie den erhöhten Aufgaben gerecht werden und zur Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht beitragen.

Das Kräfteverhältnis hat sich zugunsten des sozialistischen Lagers verändert, deren untrennbarer Bestandteil die Deutsche Demokratische Republik ist. Die atomare Aufrüstung in den imperialistischen Staaten, die Existenz des gefährlichen Kriegsherdes Westdeutschland sowie die Provokationen an der Staatsgrenze besonders von Westberlin aus verlangen Verteidigungsbereitschaft und hohe Wachsamkeit von allen Bürgern unseres Staates. Diese Feststellungen des Programms der Partei der Arbeiterklasse haben sich vollumfänglich bestätigt. In der höheren Bewußtseinsbildung und dem persönlichen Einsatz unserer Bürger zur Verteidigung des sozialistischen Rechts kommt auch ihre Kampfbereitschaft gegen die Feinde und die Überreste der bürgerlichen Ideologie hervorragend zum Ausdruck und zeigt sich überzeugend die weitere Festigung der Einheit von Rechtspflege und Volk.

Erlauben Sie mir abschließend die Bemerkung, daß die heutige Diskussion und die Aussprache über den Erlaßentwurf in der 25. Sitzung des Staatsrates als eine Einheit betrachtet werden müssen.

Ich möchte daher anregen, daß die Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen beider Sitzungen zusammengefaßt werden und mit dem vollständigen Text des Erlasses als Broschüre veröffentlicht werden.